Wie wär's mit einem Kongresszentrum?

Die Debatte um das ICC tobt weiter. Viele Experten sind gegen ein neues Shoppingcenter. Und die Grünen drängen auf Tempo

Von Rainer W. During

„Die jetzige Lösung ist die schlimmste, der Leerstand des ICC ist unakzeptabel", lautete das Fazit von Gottfried Kupsch, Vorstandsmitglied der AG City. Die Kongresstätigkeit wiederaufnehmen oder das Kongresszentrum zur Landesbibliothek umwandeln – diese beiden Möglichkeiten favorisierten die Teilnehmer einer Diskussion in der Urania am Mittwochabend.

In der von Tagesspiegel und Architektenkammer organisierten Reihe „Stadt im Gespräch – Berlin im Wandel" ging es um die Zukunft des seit zehn Monaten geschlossenen Gebäudes. Sanierung und Weiterbetrieb haben CDU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart. Der ersatzweise errichtete City Cube sollte dann als zusätzliche Messehalle dienen. Weil der Senat aber nur 200 Millionen Euro und damit nur einen Teil der auf eine halbe Milliarde Euro geschätzten Sanierungskosten zahlen will, werden jetzt private Investoren gesucht und alternative Nutzungen angedacht.

Julia Albani, Direktorin der Kulturorganisation „Bureau N", hat sowohl ein Konzept als auch einen Investor für ein Kongress- und Kulturzentrum. Nach der Sanierung könnte der Keller zu einem Schaulager für große Kunstinstallationen werden, sagte sie in der Diskussion, die der Leitende Tagesspiegel-Redakteur Gerd Nowakowski moderierte. Während die Säle 1 bis 3 wieder für Kongresse genutzt werden sollen, könnten in den Fluren flexible Arbeitseinheiten für Künstler und Wissenschaftler entstehen. Dazu kämen gastronomische Einrichtungen und ein paar Läden. Anstelle des Parkhauses oder auf der Brache an der Neuen Kantstraße soll ein Hotelturm entstehen.

„Wir wissen von Visit Berlin, dass viele Kongresse nicht mehr in Berlin stattfinden und Tausende von Übernachtungen weggefallen sind", sagte Gottfried Kupsch. Deshalb müsse das ICC „so bald wie möglich" wieder ein Kongresszentrum werden. Dafür sprach sich auch Marc Schulte (SPD) aus, Stadtrat für Stadtentwicklung des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf. Alternativ halten beide auch eine Nutzung als Landesbibliothek für denkbar.

Schulte will eine großräumige Lösung, bei der die Entwicklung der „fast nutzlosen" Avus-Nordkurve und des brachliegenden Güterbahnhofs Grunewald ebenso einbezogen werden wie eine Umgestaltung der Kreuzung Messedamm, Masurenallee und Neue Kantstraße. Spätestens 2016 bei den Koalitionsverhandlungen müsse das Thema werden.

Bei den Planungen sei zu berücksichtigen, dass das Messegelände in der Zukunft vielleicht erweitert werden müsse, sagte Stadtplaner Achim Nelke. Weil die Messe zu wenig Parkplätzen hat, werde eventuell auch das Parkhaus benötigt. Wie Schulte war er dafür, das ICC bald unter Denkmalschutz zu stellen.

Strahlendes Altblech. *Das ICC-Gebäude leuchtete noch mal beim Festival of Lights 2013. Die Zukunft des Kongresszentrums liegt jedoch weiter im Dunkeln.* *Foto: Rainer Jensen/dpa*

Alle Diskutanten lehnten die Option ab, das Gebäude in ein Shoppingcenter umzuwandeln – diesen Plan favorisiert wohl die Senatsverwaltung für Wirtschaft. Das wäre „eine Katastrophe für die anderen Zentren", sagte Stadtrat Schulte. Er geht davon aus, dass diese Nutzungsvariante wohl spätestens im März vom Tisch ist, wenn ein entsprechendes Gutachten vorliegt.

Der Sprecher der Messe Berlin, Michael Hofer, war verhindert. Alle Veranstaltungen, die zuvor im ICC waren, würden nun im City Cube stattfinden, sagte er auf Nachfrage, es gebe aber weiteren Bedarf für Kongresseinrichtungen. Die für das ICC zuständige Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung hatte eine Teilnahme an der Diskussion abgelehnt.

Der wirtschaftspolitischen Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, Cordula Ludwig, gehen die Planungen zu langsam voran. Der Senat müsse bereits in den kommenden Haushaltsverhandlungen Mittel für die ICC-Sanierung einstellen, damit das Kongresszentrum so schnell wie möglich wieder ans Netz gehen kann. Private Partner könne man auch später noch an Bord holen.

„Das ICC ist erdacht für die Ewigkeit" – Bilder des Kongresszentrums unter **www.tagesspiegel.de/icc-bilder**

STADTPLANUNG

Kiezkampf am Kleistpark geht verloren

Trotz Bürgerprotesten haben Bezirkspolitiker den Weg für zwei **umstrittene Vorhaben im Schöneberger Kiez zwischen Kleistpark und Crellestraße** geebnet. Zum einen geht es, wie berichtet, um ein **geplantes Studentenwohnheim** auf der Freifläche am U-Bahnhof Kleistpark; noch stehen dort der alte S-Bahn-Wagen der Bar „Train" und der Sommergarten des Restaurants „Ypsilon". Die Grünen-Fraktion in Tempelhof-Schöneberg stellte am Mittwochabend im BVV-Stadtentwicklungsausschuss einen Antrag gegen das Projekt des Investors MHMI, doch CDU und SPD wiesen diesen ab. Ausgebootet fühlen sich Bürger aus der Crellestraße. Sie haben 1162 Unterschriften gesammelt, um **die Fällung von 91 Bäumen** für einen Rad- und Fußweg am Wannseebahngraben zu verhindern. Nun wurde ihr Einwohnerantrag vom Stadtentwicklungs- in den Grünflächenausschuss überwiesen, der aber nicht mehr vor der BVV-Sitzung am 18. Februar berät. Und schon in dieser wollen SPD und Grüne das Bezirksamt mit einem neuen Antrag zum sofortigen Beginn der Bauarbeiten auffordern, **weil sonst Fördergelder verfallen** könnten. Die „Bürgerinitiative Crellestraße" beklagt einen „skandalösen Umgang mit dem demokratischen Element des Einwohnerantrags". Grünen-Fraktionschef Jörn Oltmann erwiderte, es habe doch schon eine ausführliche Bürgerbeteiligung gegeben. *CD*

„Der nächste Regierende Bürgermeister muss direkt gewählt werden"

Weiter so wie bisher? Nach dem Abgang Klaus Wowereits braucht Berlin eine Verfassungsreform – auch, um Senatsmitglieder leichter anklagen zu können

Von Markus C. Kerber

Anlässlich des Abgangs von Klaus Wowereit aus der Landespolitik häuften sich die Würdigungen seiner überlangen Amtszeit. Zu Recht wurde von Kritikern darauf hingewiesen, dass sich Wowereit stets um Problemfälle – insbesondere um solche Auseinandersetzungen, bei denen er nicht gewinnen konnte – gedrückt hatte. Bei vielen wichtigen Schwierigkeiten entsprach der Schlingerkurs seinem Wesen: Eine Linie war nicht erkennbar, ein Anliegen schien nicht zu existieren.

Wowereit initiierte und betrieb die Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) 1998/1999. Er hieß die Architektur einer Beutegemeinschaft zwischen privaten Betreibern und dem Land Berlin, welche im Ergebnis zu Wasser-Spitzenpreisen in der Republik führte, ausdrücklich gut. Die Folgen der Preistreiberei hatten dann nacheinander die unterschiedlichen Wirtschaftssenatoren zu tragen, die teils gegen die Form der Privatisierung sogar juristisch gekämpft hatten.

Als das Bundeskartellamt letztendlich den BWB bescheinigte, eine marktbeherrschende Stellung preismissbräuchlich ausgenutzt zu haben, begrüßte Wowereit das Verfahren sogar und stellte Rechtsgehorsam in Aussicht. Gleichzeitig betrieb sein Finanzsenator Nußbaum den Rückkauf der Anteile von den Privaten, die wenig Lust daran fanden, nach dem kartellrechtlichen Preiskorsett des Bundeskartellamts ihre Wasserpolitik in Berlin disziplinieren zu müssen, statt im Verbund mit dem Land Berlin die Berliner Bürger weiter zu plündern. Wowereit verstand es sogar, sich bei dieser finanzpolitisch waghalsigen und verantwortungslosen Aktion als Schrittmacher von Gemeinwohlinteressen zu präsentieren.

Derweil ticken die Bomben in vielen Politikbereichen des Landes leise weiter. Dazu gehören vorrangig die Struktur und der Rang Berlins als Wissenschaftsstandort, der zusehends an Qualität verliert. Die einstmals renommierte Technische Hochschule von Berlin-Charlottenburg etwa ist ein Sammelsurium von Fakultäten und Studienrichtungen und vermag, außer in bestimmten Spezialgebieten wie Philosophie und Mathematik, längst nicht mehr an glorreiche vergangene Zeiten zu erinnern. Ähnlich geht es der Berliner Schulpolitik, an der sich noch alle Schulsenatoren den Kopf zerbrochen haben, ohne die besonders kommunikationsbelasteten Berliner Schulen qualitativ entscheidend voranzubringen. Dies alles wurde von Wowereit mit der ihm eigenen „Wurstigkeit" unter den Tisch gekehrt.

Beim Berliner Flughafenskandal, der den Berliner Bankenskandal noch übertrifft, war dann Schluss mit lustig. Private

„Die ungeniert dargebotene Verantwortungslosigkeit darf sich nicht wiederholen"

boten einst an, das Terminal für 1,2 Milliarden Euro zu bauen, die öffentliche Hand glaubte, mit der Hälfte auszukommen. Stand heute: Der Flughafen wird mehr als sechs Milliarden Euro kosten, ohne dass ein verbindlicher Eröffnungstermin genannt werden kann. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass Wowereit den Begriff der kollektiven Verantwortungslosigkeit nicht zuerst auf sich selbst bezogen hat.

Kann es wirklich angehen, dass bei einem für den Standort Berlin essenziellen Projekt – das im Übrigen mit der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit Deutschlands verbunden wird – die Kosten so stark steigen, ohne dass der Bau in absehbarer Zeit fertiggestellt werden kann? Dies scheint der Fall, wenn man den Huldigungen lauscht, die SPD und CDU dem scheidenden Bürgermeister gewährten. Die SPD dankte für 13 gute Jahre und hofft nicht unbegründet, dass es so weitergeht wie bisher.

„So weiter wie bisher", das heißt, dass die Parteien unter sich ausmachen, wer Regierender Bürgermeister wird. So leitet nun Michael Müller, der schon in seiner bisherigen Funktion überfordert war, die deutsche Hauptstadt. Die CDU übte sich kleinlaut in Wohlverhalten und hofft, auch weiterhin an den Fleischtöpfen zu bleiben. Wenn also alles so weitergeht wie bisher – also so, wie es die Parteien wollen – dann wird nicht das geschehen, was der deutschen Hauptstadt als werdender Metropole gut zu Gesicht stünde: die Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters 2016 und damit eine neue Form politischer Legitimation für den Landeschef. Er könnte sich zwar immer noch auf die politische Klasse und ihre Vertreter im Abgeordnetenhaus stützen, hätte indessen ein direktes Mandat der Bürger dieser Stadt und wäre ihnen gegenüber unmittelbar verantwortlich.

Die von Wowereit ungeniert dargebotene Verantwortungslosigkeit darf sich nicht wiederholen. Vielmehr sollte der Rücktritt Wowereits der Schlusspunkt des institutionellen Niedergangs und Anfangspunkt zu einem verfassungspolitischen Neubeginn sein. Das bedeutet: Im Wege der Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters werden die lebendigen, bürgerlichen Kräfte der deutschen Hauptstadt der Politik zugeführt und so Wahlmöglichkeiten geschaffen, die die Berliner Politikkultur durch die Fokussierung auf das Parteipersonal bislang entbehrt.

Folgerichtig wäre es, wenn einhergehend mit einer solchen Verfassungsänderung die Möglichkeit geschaffen würde, Mitglieder des Senats wegen Verfehlungen anklagen zu können. Die bisherigen Möglichkeiten, Senatoren wegen Amtspflichtverletzungen vor den Kadi zu ziehen, haben bestenfalls theoretische Bedeutung. Wowereit wäre angesichts seiner krassen Fehlleistungen und seiner mangelnden Bereitschaft, diese in puncto Berliner Flughafen zuzugestehen, sogar der erste Anwendungsfall eines Impeachment, also eines Amtsenthebungsverfahrens, gewesen. Aber wer 13 Jahre geherrscht hat, soll auch in Zukunft haften und nicht nur, schlimmstenfalls, einige launige Auftritte im Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses absolvieren.

Wenn Politik als Kampf um res publica in Berlin einen hohen Stellenwert bekommen soll, müssten die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ein Zeichen erhalten: Direktwahl, Klagemöglichkeiten bei Amtspflichtverletzungen und Impeachment sind hierfür die richtigen Stichworte.

Markus C. Kerber *ist Gründer des Thinktanks Europolis e. V. und lehrt öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin.*

ANZEIGE

PREMIUM BERLIN

% SALE SALE SALE % GROSSER AUSVERKAUF % SALE SALE SALE %

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen! Anzeigenberatung: (030) 290 21 - 155 00, E-Mail: lokalesteam@tagesspiegel.de